Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW.48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 207. [50. Jahrgang.] Sonntag den 3. September 1911. Erste (Abend-)Ausgabe. [50. Jahrgang.] Nr. 207.

Berlin, den 2. September.

Rückblicke.

Tage des Festjubels hat die Anwesenheit Ihrer Majestäten und der jüngeren Mitglieder des Kaiserhauses den Städten gebracht, die sich diesmal des hohen Besuches erfreuen durften. Der Glanz aber des Empfanges in Altona wie in Hamburg und Stettin, zuletzt in Stargard, er bildete in Wirklichkeit nur die angemessene äußere Einkleidung eines tiefen und innigen Empfindens, wie es die Bevölkerung dem Schirmherrn des Reiches entgegenbringt, und das sich jetzt aus so frohem Anlaß mit voller Herzlichkeit kundgeben konnte. Mag auch das Alltagsleben bisweilen Erscheinungen zeigen, bei denen die Gegensätze der Anschauungen hervortreten, so hat das deutsche Volk es doch nie fehlen lassen, seiner kostbarsten Güter und Errungenschaften freudig eingedenk zu sein, so oft die Stunde daran gemahnt hat. Kaisertage bringen solche Stunden stets herbei, und die Reise erhebender Eindrücke, an denen diese Woche so reich gewesen ist, konnte wiederum Zeugnis ablegen für die Stärke des nationalen Gedankens in allen Schichten. Die Huldigungen, die dem Herrscher allenthalben entgegenklangen, mögen auch von den Erinnerungen an die großen Gedenktage durchzogen gewesen sein, die in der Seele jedes Deutschen in diesem Jahresabschnitt lebendig werden. Solange es eine deutsche Nation gibt, die des Namens würdig ist, werden diese Gedenktage unauslöschlich bleiben. Daran vermögen alle sozialdemokratischen Gegenkundgebungen nichts zu ändern. Die Freude an solchen begeisternden Erinnerungen wird sich unser Volk so wenig wie durch ausländische Anfeindungen, durch das gefernde Gegeifer vergällen lassen, mit dem der Vorwärts seine Leser am heutigen Sedantage beglückt.

Im Verlauf der offiziellen Veranstaltungen zu Ehren des Kaisers sowie der Kaiserfamilie hat der Monarch und oberste Kriegsherr mehrfach das Wort ergriffen, um auf die an ihn gerichteten Begrüßungsansprachen mit Wärme zu erwidern. Der Gesamtcharakter dieser enthusiastisch aufgenommenen Reden ruhte in der Verknüpfung der Gegenwart mit ihren geschichtlichen Grundlagen: das Gewordenen mit dem, was zu Menschengedenken noch im Fluß war. Beim Festmahl für die Provinz Schleswig-Holstein hinggen manche der nahen persönlichen Beziehungen des preußischen Königshauses zu diesem Landesteil im Vordergrunde der Betrachtung. Gemütvoll und sinnig wies der Kaiser und König auf den Segen hin, der dem Hohenzollernstamme durch die schleswig-holsteinische Fürstentochter beschert wurde, die als unsere Kaiserin durch ihre edlen und gütigen Eigenschaften den Thron ziert, auf das Glück, das dem erhabenen Hause, wo die hohe Frau vorbildlich waltet, in allen seinen Gliedern zu teil geworden ist. — Daß er in der Freien und Hansestadt Hamburg sich stets verstanden wisse, weil er selbst sich bemüht sei, dem Wesen und Wirken dieses Brennpunktes deutschen Ueberseehandels reges Verständnis entgegenzubringen, hob Kaiser Wilhelm bei seiner dortigen Bewillkommnung wiederholentlich hervor. Nachlos sei Hamburg in diesen 23 Jahren vorwärtsgeschritten, sicher der Huld und tatkräftigen Hilfe seines Kaisers. Es gelte einen Konkurrenzkampf, und wenn das Aufstreben des deutschen Handels anderswo in der Welt als nicht eben bequem angesehen werde, so sei dieser Wetteifer doch gesund, um so mehr, als er sich friedlich austragen lasse. Den starken Schutz hierfür bilde Deutschlands Kriegsflotte, die immer ein Gegenstand fördernden Interesses bei den Hamburgern gewesen ist und sein wird.

Stettin, das deutsche Emporium der vorderen Ostsee, begrüßte zu gleicher Zeit mit dem Landesherrn das schwedische Königspaar in seinen Mauern. Ueber den herzlichen Verlauf dieses Besuches König Gustavs und der Königin Viktoria, der Enkelin Kaiser Wilhelms I., auf deutschem Boden und im Kreise der auch in Stettin versammelten Kaiserlichen Familie ist bereits ausführlicher berichtet worden. Freudigen Ausdruck lieh Kaiser Wilhelm bei der Tafel, die am Montag im Schlosse stattfand, der Befriedigung über die Entwicklung Stettins und der Provinz Pommern überhaupt. Der Verbesserung der Seewege werde sich der Großschiffahrtsweg von Berlin nach Stettin anschließen, und die pommersche Landwirtschaft sei durch ihre intensive Arbeit bei Verwendung aller modernen Technik für Preußen vorbildlich geworden. Dann aber ging der Kaiser auf die alte Bommerntreue über, die sich stets bewährt habe, und auf die Preußens Vertrauen verstärken könne. Einer solchen Gesinnung bringe er jetzt einen Beweis königlicher Zuneigung entgegen und erneune, in Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Provinz, den Prinzen Eitel-Friedrich zum Statthalter von Pommern. So wird denn nach Verlauf von anderthalb Menschenaltern wieder ein Mitglied unseres Königlichen Hauses, des Kaisers zweiter Sohn, sowie dessen hohe Gemahlin in das alte Schloß einstmals der Pommernherzoge einziehen und dem gesellschaftlichen Leben in der rührigen Hafenstadt einen Antrieb geben, den es entbehrte. Auch in Stargard wies der Kaiser, im Anschluß an die Begrüßungsworte des Bürgermeisters, sowohl auf die historischen wie die persönlichen Bande hin, die diese Stadt mit ihm selbst und mit seinen Vorfahren verknüpft haben.

Die militärische Seite der Veranstaltungen ergab volle Zufriedenheit des Kaisers. Dem 9. Armeekorps, dessen Kontingentsherren, die Großherzoge von Mecklenburg und die regierenden Bürgermeister der Hansestädte, bei der Besichtigung mitanwesend waren, sprach der oberste Kriegsherr hohe Anerkennung aus. Dabei unterließ er nicht, den beiden Bundesfürsten und den Häuptern der drei Städte für die besondere Bekundung ihres Anteils zu danken. Die Parade des zweiten Korps bei Stettin verlief unter den Auspizien der Anwesenheit des schwedischen Königspaares; beide Fürstlichkeiten, ebenso die Kaiserin und die Prinzessin Eitel-Friedrich besitzierten an der Spitze der Regimenter, welche die Auszeichnung genießen, sie zum Chef zu haben. Das seien, so schloß der Kaiser die Rede beim Festmahl des Armeekorps, Ehrenbezeugungen, die das Korps nicht vergessen möge, und er hoffe und wünsche, daß es in derselben Art, wie es in der Parade sich gezeigt habe, im Manöver in feldmäßiger Ausbildung von neuem bestehen werde, stets eingedenk der vielen Beziehungen seiner schönen alten Regimenter, deren Geschichte bis in die Anfänge der preußischen Königsgeschichte hinaufreicht, und deren Entwicklung mit derjenigen des Königshauses zusammenfällt.

• • •

Auf dem Gebiete der Parteipolitik hat die Mitteilung der Kölnischen Zeitung, daß die Wahlkompromißverhandlungen zwischen den deutschen Parteien in der Provinz Posen nach langen Verhandlungen als gescheitert zu betrachten seien, verschiedene Kommentare hervorgerufen. Nach der Darstellung von liberaler Seite haben die Konservativen jetzt ihre bei den Verhandlungen in Aussicht gestellten Zugeständnisse zurückgezogen und die Gewährung ihrer Wahlhülfe an Bedingungen geknüpft, die für die Liberalen unannehmbar seien. Auf Grund eines vor elf Jahren abgeschlossenen und dann bei späteren Wahlen erneuerten Abkommens zwischen Konservativen und Freisinnigen wurden von den im deutschen Besitz befindlichen vier Reichstags- und zwanzig Landtagsmandaten sämtliche Reichstags- und dreizehn Landtagsmandate zurzeit konservativ, sechs Landtagsmandate freisinnig und eines nationalliberal besetzt. Die beiden liberalen Parteien verlangten nun für sich eine stärkere Berücksichtigung in dem neuen Wahlabkommen. Hierzu hätte besondere Veranlassung insofern vorgelegen, als die Nationalliberalen, die mangels einer selbständigen Organisation an dem früheren Wahlabkommen nicht teilgenommen hatten, sich inzwischen in der Provinz eine ausgebreitete Organisation schufen. Im Laufe der Verhandlungen verständigten sich die beiden liberalen Parteien untereinander und ermächtigten im Interesse des Friedens unter den Deutschen ihre Forderungen auf die Ablassung des bereits früher durch ein besonderes Lokalabkommen zugesicherten Reichstagsmandates Fraustadt-Lissa an die Fortschrittliche Volkspartei und des bisher konservativ besetzten Landtagsmandats in Meseritz-Bomst an die Nationalliberalen. Die Nationalliberalen sollten daneben einen deutschen Kandidaten in dem bisher polnisch vertretenen Reichstagswahlkreise Wirsitz-Schubin-Znin aufstellen. Den Konservativen dachte man das Aufgeben eines Landtagsmandats dadurch zu erleichtern, daß die Freisinnigen auch ihrerseits die Abtretung eines Landtagsmandats aus ihrem Besitzstand an die Nationalliberalen zusagten. Diese Forderungen seien äußerst bescheiden gewesen unter der Annahme, daß die Konservativen ganz außer stande wären, ihre Reichstagsmandate ohne liberale Hülfe zu halten, und daß sie auch die weit überwiegende Mehrzahl ihrer Landtagsmandate liberaler Unterstützung verdankten. Am 30. Mai tagte in Posen der konservative Provinzialvorstand. In dieser Sitzung wurden die liberalen Forderungen, insbesondere auch die Abtretung eines Landtagsmandats aus konservativem Besitz an die Nationalliberalen, grundsätzlich zugegeben. Nur sollte noch mit den örtlichen Vertretungen einzelner Wahlkreise verhandelt werden, um das den Nationalliberalen zu überlassende Landtagsmandat zu bestimmen. Diese Verhandlungen jedoch haben mit einem Verlassen des ersten Beschlusses geendet. Am 15. August wurde den Vertretungen der beiden liberalen Parteien von dem Vorsitzenden des Zentralvereins der vereinigten Konservativen der Entwurf eines Vorschlags für ein Wahlabkommen übersandt, der die bisherige Grundlage der Verhandlungen aufstibt. Für die Posten des nationalliberalen Kandidaten, der in dem bisher polnischen Reichstagswahlkreis Wirsitz-Schubin aufgestellt werden soll, würde nunmehr zur Bedingung gemacht, daß er auf dem Boden der Forderungen des Bundes der Landwirte zu stehen erkläre, die konservative Wahlhülfe bei der bevorstehenden Landtagsersatzwahl in Hohensalza-Schubin-Strelno (an Stelle des nationalliberalen Abg. Lusenskys) aber wird davon abhängig gemacht, daß der nationalliberale Kandidat an den Grundlagen des preußischen Wahlrechts festhalte und dem Hansabund als Mitglied nicht angehöre. Von der Abtretung eines konservativen Landtagsmandats an die Nationalliberalen sei keine Rede mehr. Auch solle das Wahlabkommen sich nicht auf die ganze Provinz erstrecken, sondern der Wahlkreis Kolmar-Czarnikau-Filehne von dem Wahlabkommen ausgeschlossen werden, und schließlich soll das Abkommen von der vorbehaltenen Zustimmung der konservativen Provinzialvertretung abhängig sein, die erst eingeholt werde, nachdem die nationalliberalen Kandidaten für Wirsitz-Schubin und Hohensalza-Schubin-Strelno benannt sein würden.

Nach der Schlesischen Zeitung wird hierzu bemerkt, man würde wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß solche vom einseitigen nationalliberalen Standpunkt diktierten Aufführungen aus den Kreisen der Posener Führer der Nationalliberalen stammten. Sie verrieten zu sehr die Absicht, die öffentliche Meinung gegen die Konservativen als die Friedensstörer zu gewinnen, während Nationalliberale und Freisinnige mit dem Kriegsgeschrei „Einigung unter den Deutschen" in die alten Maßstäbe der Konservativen einbrächen. Die ausgedehnte Organisation in der Provinz, aus der die Nationalliberalen ihre Forderung nach neuen Mandaten herleiteten, stehe noch auf dem Papier, und die Behauptung, daß die Konservativen außer stande seien, auch nur ein einziges ihrer Reichstagsmandate ohne liberale Hülfe zu halten, zeuge von großem Optimismus. In Wirklichkeit seien diese liberalen Wahlhelfer nichts anderes als diejenigen konservativen Wähler der Bevölkerung, welche mit der Führung des Bundes der Landwirte unzufrieden sind und Opposition gegen sie treiben. „Es ist darum unbillig, gestützt auf ein falsches Argument, auf das Recht der Mandatsneuordnung zu pochen, und die Nationalliberalen werden, um einen Wahlkampf unter den deutschen Parteien — den auch die Konservativen sehr bedauern würden, zu vermeiden, ihre Forderungen noch etwas ermäßigen müssen." An dem guten Willen der Konservativen fehle es sicher nicht. Das Posener Tageblatt fügt ergänzend hinzu, die Verhandlungen seien nicht abgebrochen; es solle nun weiter konferiert werden, und die Bedingungen der Konservativen seien ganz wohl erfüllbar.

• • •

Den Leuten und Organen, die stets und oft aufs Geratewohl das bessere Ausland im Munde führen, sobald es den deutschen Zuständen etwas anhängen gilt, war in vieler Beziehung heilsam zu lesen, was Arbeitersekretär A. Erfelenz-Berlin über Arbeiterverhältnisse in England drüben erfahren und gesehen hat, um dann in der Frankfurter Zeitung näher zu berichten. Der Unterschied in den Löhnen z. B. sei zwischen England und Deutschland seit den letzten Jahren sehr gering geworden und weise nur noch wenige Kategorieen oder Einzelpunkte auf, wo der britische Arbeiter vorweg günstiger dastehe. Gebe es im Durham-Bergbau auch heute noch höhere Löhne als im Ruhrbergbau, so dürfte doch in den meisten anderen Revieren der Verdienst kaum wesentlich höher sein als im Ruhrgebiet. Auch die deutsche Maschinenindustrie ist, soweit der Groß- und Mittelbetrieb in Frage kommt, in den Löhnen den englischen Betrieben nahegerückt. Die Löhne für kaufmännische Angestellte niederen Grades sind dem deutschen Lohnen nicht allzuviel überlegen. Ursache davon sei die schwache Organisation dieser Gruppen jenseits des Kanals. Weibliche Kontorangestellte verdienen sogar in London erheblich weniger als z. B. in Berlin; wahrscheinlich deshalb, weil das Angebot an Arbeitskräften dieser Art drüben noch viel stärker ist als bei uns. In anderen Industriezweigen ist aber der Unterschied noch bemerkbar. Die Löhne in der englischen Textilindustrie und besonders in der Baumwollverarbeitung, seien auch jetzt noch doppelt so hoch als bei uns, der Lohn im Baugewerbe um ein Drittel bis zur Hälfte höher. Im ganzen wären die Löhne der Arbeiter, die man als gelernte bezeichnen kann, soweit man als Lehre nicht nur eine mehrjährige Handwerkslehre ansieht, in England gleichmäßiger als in Deutschland. — Nach einem Blick auf die Wohnungsverhältnisse, die in den spezifisch englischen Arbeiterviertein bekanntlich viel zu wünschen übrig lassen, geht Erfelenz auf die Lebensmittelpreise in Großbritannien über. Ob sie tatsächlich viel billiger seien als bei uns, lasse sich bezweifeln. Für Brot sei ein solcher Zweifel kaum berechtigt, aber schon für Fleisch habe die Sache ihren Haken. Wie der deutsche Arbeiter kein Pferdefleisch ißt, wenn er sich Rindfleisch leisten kann, so suchte der englische Arbeiter sich gern vom ausländischen Fleisch zu befreien. Englisches Fleisch ist aber eher teurer als deutsches. Und fast alle anderen Nahrungsmittel sind stark im Preise gestiegen. Erheblich viel weniger gibt der englische gutgelohnte Arbeiter für Alkohol aus; der schlechtgelohnte ist dagegen meist ein Trinker. Daß man in England das Restaurant nach deutschem Muster fast gar nicht kennt, könnte auf ein erheblich geringeres Trinkbedürfnis hinweisen. Während uns der Besuch jeder Versammlung mindestens 50 ₰ für Bier kostet und etwa 20 ₰ für Zigarren, hat der britische Arbeiter diese Ausgabe gar nicht. Für die Säle wird statt dessen Miete bezahlt. Erheblich seltener als bei uns geht der britische Arbeiter an Sonntagen in die Stehbierwirtschaften. Die meisten sind Sonntags geschlossen. Da das englische Bier und der Schnaps zwar teurer, aber erheblich schwerer beziehungsweise alkoholhaltiger sind, kann sich der Arbeiter schon finanziell weniger davon leisten und weniger vertragen. Zwar soll, wie deutsche Arbeiter, die jahrelang in England sind, berichteten, ein nicht kleiner Teil der britischen Arbeiter von Zeit zu Zeit vom Trinkfieber befallen werden und dann tagelang unter Vernachlässigung der Arbeit trinken. Aber das wären Ausnahmen; man dürfe behaupten, daß der britische Arbeiter jährlich eine hübsche Summe Geldes weniger für Alkohol ausgibt als der deutsche. „Das Wetten ist oft schlimmer als der Alkohol", sagte ein großer britischer Fabrikant. Und „etwas Wahres ist daran", gesteht Erkelenz ein.

Hinzuzufügen wäre seinen Darlegungen, die, wie man sieht, sich dem günstigen Vorurteil von früherher noch schwer entwinden, daß das ausländische Fleisch, von diesen Verbrauch der englische Arbeiter sich am liebsten befreit sähe, in großenteils Zustehe hereinkommt, und zwar vorwiegend vom „Auslande" Australien. Die Abneigung beruht also nicht auf patriotischen, sondern auf sehr triftigen Ernährungsgründen und überdies lassen in Großbritannien die sanitätspolizeilichen Vorkehrungen im Handel mit Nahrungsmitteln, gegen die unserigen gehalten, sehr zu wünschen übrig. Bei alledem aber scheinen auch die Preise des Frostfleisches nicht wesentlich geringer auszufallen, was doch zum Nachdenken anleitet.

• • •

Bis zum Beginn der Verhandlungen ihres Parteitages in Jena vertreiben die sozialdemokratischen Führerkreise sich die Zeit mit den üblichen kleinen Zänkereien — Rosa Luxemburg und Karl Kautsky wieder voran, weil ihr sein neuestes Flugblatt mißfallen hatte — und mit Demonstrationen gegen eine angebliche „Kriegshetze". Es ist nicht das erste Mal, daß die Sozialdemokratie sich des „Weltfriedens" in der Weise annimmt, wie der eine Wolf in der Fabel gegen den anderen das auserlesene Lamm schützen will. Einige europäische Länder haben neuerdings Fortschritte in der Erkenntnis des sozialistischen Friedensbedürfnisses und seiner Endzwecke machen müssen. Zu der Absicht, am Sonntag in Treptow bei Berlin eine sozialdemokratische Massenversammlung unter freiem Himmel abzuhalten, bemerkt die Germania ganz zutreffend, keine Rolle spiele den Sozialdemokraten schlechter an als die des Friedensapostels. Die „internationale Kriegshetze" beruhe nur in der Phantasie der sozialdemokratischen Drahtzieher. Daß sie von nationaler Empfindlichkeit frei seien, brauchten sie nicht erst zu versichern, da sie für nationale Ehre und Würde kein Verständnis haben. „Die französischen Sozialdemokraten sind in dieser Beziehung anders gesinnt. Und sind es denn nur „Proletarierknochen" und „Proletarierblut", die in einem Kriege „geopfert" werden würden? Das deutsche Volk in Waffen besteht doch aus Mitgliedern aller Stände, und selbst der Kaiser hat noch vor einigen Tagen erklärt, daß seine Söhne Blut und Leben für das Vaterland zu opfern bereit seien. So groß die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter auch sein mag, es gibt dagegen Gott sei Dank noch eine nicht minder große Anzahl christlich und national denkender Arbeiter, die es entschieden verurteilen, daß die deutsche Sozialdemokratie in diesen entscheidungsvollen Tagen dem Deutschen Reiche verräterisch in den Rücken fällt, Arbeiter, die namentlich die Aufforderung zum Landesverrat, wie sie der Vorwärts-Redakteur Däumig singt in einer Versammlung aussprach, auf das schärfste verurteilen." — Uebrigens klang selbst in der Polemik zwischen Kautsky und der „Genossin" Luxemburg ein Mißbehagen durch über die doch etwas fatale Offenherzigkeit des letzterwähnten Friedensmannes von straßbarem Kaliber.

Allein es handelt sich bei solchen Aktionen der Sozialdemokratie nur selten ganz aufrichtig um das, wovon so laut die Rede ist. Man will diesmal den innern Parteikonflikt zwischen dem Pressefügel und dem Parteivorstand nebst Gewerkschaftskommission aus einer verfrühten Diskussion wegdrängen, und die Menge der „Genossen" ist längst gewohnt, bezw. mit sanftem Zwang dazu gebracht worden, ihre freie Meinung streng nach dem augenblicklichen Geläut der Parteiglocke zu regulieren. Ist auch die Entrüstung im Grosen schon ein wenig verwutzt, so wird sie, hoffen ihre Veranstalter, doch für ein paar Tage den richtigen Dienst leisten.

Ein hierzu immerhin bemerkenswerter Umstand ist, daß die gewissermaßen vorbereitenden Parteitage der einzelnen sozialdemokratischen Landesorganisationen nur wenig Interesse erweckt haben. Früher war das anders; man hätte z. B. nicht Worte genug gefunden, um die günstigen Berichte zu preisen, mit denen der Parteitag für das Königreich Sachsen aufwarten konnte. Dort haben sich die Organisationen im letzten Jahre um 16 790 männliche und 4322 weibliche Mitglieder vermehrt. Die Partei verfügt nunmehr über 120 584 Organisierte in Sachsen; die Mitglieder der freien Gewerkschaften und die 7678 organisierten Jugendlichen sind hier natürlich nicht mitgerechnet. In einzelnen Wahlkreisen besitzt die Partei 28 690 (Leipzig-Land), 15 552 (Dresden-Land), 10 957 (Dresden-Neustadt) und 9054 (Chemnitz) Mitglieder. Man darf auch nicht darüber im Zweifel sein, daß die Sozialdemokratie sich namentlich auch auf dem flachen Land, und zwar selbst in reinen Bauerndörfern, bemerkbar ausbreitet. „Die Partei erstreckt sich immer mehr bis in die kleinsten Dörfer", sagt der Jahresbericht. Die letzten allgemeinen Gemeinderatswahlen haben für einen Zuwachs von 284 Mandaten gebracht, so daß sie jetzt in Sachsen über 1835 Gemeinderatsmitglieder verfügt. Ihre Presse hat 183 781 Bezieher; manche Blätter hatten im letzten Jahre einen Zuwachs von mehr als 10 000. Es haben 4244 Partei- und Mitgliederversammlungen und 1527 öffentliche und Volksversammlungen stattgefunden; es gibt 201 sozialdemokratische Bibliotheken mit 54 230 Bänden. Auch die Finanzen stehen gut. Die Partei hatte im letzten Jahre, das doch nicht einmal ein besonderes Kampfjahr war, 616 700 ℳ Einnahmen, von denen 468 931 ℳ aus Mitgliederbeiträgen stammten. Die Ausgaben betrugen 511 028 ℳ, eingeschlossen 92 627 ℳ, die an den Vorstand der Gesamtpartei nach Berlin gesandt wurden. Angesichts dieser Ausbreitung läßt es die bürgerliche Presse wenigstens nicht an Mahnungen fehlen, sich im eigenen Lager ein Beispiel an soviel Tätigkeit zu nehmen.

Ueber Art und Umfang der Agitation für die Organisation der Jugend in sozialdemokratischem Sinne erfährt man manches Neue und Lehrreiche aus dem Bericht der sozialdemokratischen Presse über die erste Konferenz der Jugendausschüsse des Niederrheins. An dieser nahmen 32 Vertreten von 17 Jugendausschüssen teil, ferner Vertreter der Zentralstelle in Berlin, des Agitationskomitees der freien Gewerkschaften von Rheinland und Westfalen und der Jugendorganisation des Metallarbeiterverbandes in Remscheid. Nach dem Tätigkeitsbericht des Bezirkssekretärs beträgt die Abonnentenzahl der Zeitschrift Arbeiterjugend in diesem Bezirk rund 5000. Die Abonnentenliste dieser Zeitschrift ist gleichzeitig die Mitgliederliste. Außerdem sind noch neun gewerkschaftliche Jugendsektionen mit 787 Mitgliedern vorhanden. Durch die Jugendausschüsse sind im Berichtsjahre 116 Einzelvorträge und 5 Vortragsreihen mit 7319 Besuchern, und zwar 6311 männlichen und 1008 weiblichen, veranstaltet worden gegen 70 Einzelvorträge und sechs Vortragsreihen mit 4006 Besuchern im Vorjahr. Wanderungen und Ausflüge wurden in 74 Tages- und 132 Halbtagstouren unternommen, die zusammen an 16 000 Teilnehmer aufweisen. Künstlerische Veranstaltungen der Jugendausschüsse wurden 28 mit 3450 Besuchern gezählt. Da eigene Räume die Grundlage der ganzen sozialdemokratischen Jugendarbeit bilden, sind die Jugendausschüsse bemüht, Jugendheime zu schaffen. Vollständig ist ein Jugendheim in Elberfeld eingerichtet, an mehreren anderen Orten ist man an einen Verein hinzugetreten. Zuschüsse leisteten die Partei mit 3000 ℳ und die freien Gewerkschaften mit 3500 ℳ. In der Aussprache auf der Konferenz wurden Anträge auf die Herausgabe von billigen Agitationsschriften, auf die Schaffung eines Ratgebers für die Jugendausschüsse und für Vorträge bei Spielleiterkonferenzen angenommen. Auch das Kriegsspiel wurde erörtert. Der nicht zum niederrheinischen Bezirk zählende Jugendausschuß in Köln hat versucht, dem Kriegsspiel ähnliche Veranstaltungen zu treffen, um auch hierdurch die Jugend an die Partei zu fesseln. Ein Vertreter des Kölner Jugendausschusses trat für solche Veranstaltungen ein, im übrigen aber war nur die Ansicht vorherrschend, daß die Uebertragung solcher dem Kriegsspiel ähnlicher Veranstaltungen nicht zu den Aufgaben sozialdemokratischer Jugendausschüsse gehöre. Die gegnerischen Kriegsspiele hätten der sozialdemokratischen Jugendbewegung noch nichts geschadet und würden ihr auch nichts schaden; denn es liege, so heißt es in dem Bericht der Essener Arbeiterzeitung, im Wesen dieser „bürgerlichen Jugendfängerei", daß sie auch mit diesen Mitteln Fiasko mache.

Hier ist natürlich der Wunsch als Vater der Behauptung anzusehen, wie denn die Anregung kaum so eingehend erörtert worden wäre, hätte man die Bedeutung der Sache leugnen können. In allen nichtsozialdemokratischen Kreisen unseres Volkes ist die Jugendpflege in jüngster Zeit mit Eifer aufgenommen worden, und aus den soeben skizzierten Verhandlungen geht hervor, daß die „Genossen" weit davon entfernt sind, sich des kommenden Geschlechts sicher zu fühlen. Auf die Dauer vermißt eine jede Jugend gegebenenfalls empfindlich die echten Beispiele und die wahren Persönlichkeiten, zu denen emporzuschauen sie allezeit das natürliche Bedürfnis gezeigt hat, und die Kritik der Unbefriedigten wandelt sich leicht in ernsten Mannesalter bald zur tatsächlichen Ablehnr. Diese Entwicklung würde keineswegs die erste ihrer Art sein.

Rundschau im Auslande.

Marokko.

Paris, 2. September. In einer sichtlich offiziösen Zeitungsmitteilung wird erklärt, die Nachricht, Spanien beabsichtige, in einem so ungelegenen Augenblick Fini zu besetzen, sei in Frankreich mit lebhafter Verstimmung aufgenommen worden. Spaniens Unternehmen werde in verschiedenen Kreisen als unfreundliche Handlung angesehen und beeinträchtige in ernster Weise die Vorteile, welche die spanische Regierung aus den Verhandlungen ziehen könnte, die sie demnächst mit Frankreich anzuknüpfen wünsche.

Vermählungsfeierlichkeiten am russischen Hofe.

Peterhof, 1. September. König Peter von Serbien, Prinzessin Helene und Kronprinz Alexander sind heute nachmittag hier eingetroffen; sie wurden am Bahnhof vom Kaiser, der Kaiserin Alexandra Feodorowna, der Königin von Griechenland und verschiedenen Großfürsten und Großfürstinnen begrüßt. Das Kaiserpaar geleitete die Gäste zum großen Palais, wo diese Aufenthalt nehmen. Auch Prinz Peter von Montenegro ist hier eingetroffen.

Petersburg, 1. September. Bei dem heutigen Festmahl zu Ehren des Königs von Serbien brachte der Kaiser folgenden Trinkspruch aus:

Eure Königliche Majestät! Mit dem Gefühl aufrichtiger Freude begrüße ich Eurer Majestät Ankunft in Rußland, und ich kann nicht umhin, Eurer Majestät meine Freude über die bevorstehende Heirat Eurer Majestät Tochter mit dem Prinzen Johann Konstantinowitsch zum Ausdruck zu bringen. Dieses glückliche Familienereignis wird ohne Zweifel zu einer dauernden Befestigung der Bande naher und enger Freundschaft beitragen, die unsere verwandten Völker verbinden, und es wird dem Königreiche Serbien als kostbarstes und bestes Unterpfand für seine friedliche Entwicklung und seine Wohlfahrt in der brüderlichen Vereinigung mit Rußland dienen. Ich trinke auf das Wohl Eurer Majestät, auf das des Kronprinzen Alexander und der ganzen Königlichen Familie und auf das Glück und die Wohlfahrt Serbiens.

König Peter erwiderte:

Die väterliche Freude, die ich empfinde, da ich nach Rußland komme, um der Hochzeit meiner Tochter mit dem Prinzen Johann Konstantinowitsch beizuwohnen, ist vermehrt worden durch den Umstand, daß mir Gelegenheit gegeben worden ist, wiederum Eure Majestät zu begrüßen und Eurer Majestät meinen lebhaftesten Dank für die herzliche Gastfreundschaft und die warmen Worte wohlwollender Sympathie gegenüber Serbien auszudrücken. Diese Worte Eurer Majestät, die eine glänzende Bestätigung sind der Jahrhunderte alten Ueberlieferung treuer Freundschaft unserer Nationen, die Töchter desselben Stammes sind, werden in den Herzen aller Serben ein begeistertes Echo finden. Im Einklang mit mir hegt mein ganzes Volk die Hoffnung, der die Worte Eurer Majestät soeben die Weihe gegeben haben, daß das glückliche Familienereignis, das heute gefeiert wird, beitragen möge zur Befestigung der unerschütterlichen und engen Freundschaft, die Serbien seit dem Tage seiner Wiederaufrichtung mit der großen russischen Schwester vereint. Im Einklang mit mir sieht das serbische Volk in dieser Freundschaft das sodarste Unterpfand für eine friedliche Entwicklung seiner Zukunft. Ich erbebe mein Glas auf das Wohl Eurer Majestät, auf das Ihrer Majestäten der Kaiserin und der Kaiserin-Mutter.